

Ein Video zur Migranten-Abschreckung



Die EU und die Schweiz haben im Rahmen der internationalen Migrations-Organisation gemeinsam ein Video zur Einwanderer-Abschreckung ausgearbeitet. Der rund zweiminütige Film soll zeigen, dass im Einwanderungsland nicht Milch und Honig fließen, sondern das Leben sogar härter sein kann als zuhause. Darüber berichten heute vor allem die [Welt](#), der [Tagesspiegel](#) und der [Blick \(mit Video\)](#).

Der Inhalt des Kurzfilms:

Vorspanntext: Präventivkampagne über die Gefahren illegaler Einwanderung aus Kamerun.

Es regnet, ein dunkelhäutiger Mann steht in einer Telefonzelle und ruft daheim in Afrika an. Zuhause hebt der Vater den Hörer ab:

„Hallo?“

Sohn: „Hallo, ja, hallo, guten Tag.“

Vater: „Guten Tag.“

Sohn: „Papa, ich bin's Christian.“

Vater: „Wie geht's dir?“

Sohn: „Es geht.“

Vater: „Bist du gut angekommen?“

Sohn: „Ja, ich bin gut angekommen, kein Problem.“

Vater: „Und, hast du eine Unterkunft gefunden?“

Sohn: „Ja, ich wohne bei Freunden“. Eingebildet wird ein Schlaflager unter einer Brücke. „Es klappt alles ganz gut.“

Vater: „Du klingst ängstlich. Verbirgst du etwas vor mir?“

Sohn: „Nein, überhaupt nicht. Ich bin einfach den ganzen Tag lang in der Stadt rumgerannt.“ Hetzbilder (siehe Foto oben)...

Vater: „Ok. Hast du dich an der Uni eingeschrieben?“

Sohn: „Ja, alles klar, ich hab mich eingeschrieben.“ Statt zu studieren sitzt der Sohn aber tagsüber am Straßenrand mit einem Plakat: ‚Helft mir!‘ – „Die kleinen Schwestern und Brüder, geht's ihnen gut?“

Vater: „Ja, sie haben schon mit der Schule angefangen.“

Sohn: „Und du, Papa, geht's dir gut?“

Vater: „Mir geht's gut, alles in Ordnung. Ich wünsche dir viel Erfolg!“

Sohn: „Danke, Papa, das ist nett. Ich melde mich, wenn ich was Neues habe, auf Wiederhören.“

Vater: „Auf Wiederhören“.

Nachsatz: Glauben Sie nicht alles, was Sie hören. Weggehen bedeutet nicht immer ein besseres Leben.

Den vollständigen Film sehen sie [hier](#):

Das Video lief unter anderem während der Halbzeitpause des Fußball-Länderspiels zwischen der Schweiz und Nigeria im staatlichen nigerianischen Fernsehen.

Dazu das zum Departement Blocher gehörige Schweizerische Bundesamt für Migration:

„Wir haben die Verpflichtung, diesen Menschen aufzuzeigen, was eine Flucht für sie für Folgen haben kann. Die Flüchtlinge sollen sich keine falschen Vorstellungen machen von der Schweiz.“

(Spürnase: Koltschak)

[Der schwere Kampf der Contergangeschädigten](#)



Wer kennt nicht 4711, Betty-Barclay, Irish Moos, Carlo-Colucci, S.Oliver-Silver. Alle diese Kosmetika haben eines gemeinsam. Hergestellt werden Sie von der Firma Mäurer + Wirtz in Stolberg bei Aachen, dessen Eigentümer die Familie Wirtz ist. Die gleiche Familie, die vor fünfzig Jahren das Schlafmittel Contergan durch ihr Unternehmen [Grünenthal](#), dessen

Sitz auch in Stolberg ist, produzieren lies. Obwohl die Manager bei Grünenthal mit Hinweisen über die Gefährlichkeit von Contergan überhäuft wurden, stoppten sie den Verkauf nicht. Die Katastrophe nahm ihren Lauf.

4000 Babys starben kurz nach der Geburt. Mehr als 5000 Menschen und ihre Familien erlitten und erleiden unermessliche körperliche und seelische Qualen. Und wie hat sich die Familie Wirtz, als Verursacher des größten Arzneimittelskandals der deutschen Geschichte geäußert? Sie wies jede Verantwortung von sich. Es war einem engagierten Staatsanwalt zu verdanken, dass die skrupellosen Manager der Firma Grünenthal angeklagt wurden.

Und so kam wie es kommen musste. Die deutsche Justiz kapitulierte vor der geballten Macht, die sich vor die Manager von Grünenthal und der Familie Wirtz aufgebaut hatte. Nun konnte man die Sache nicht ganz unter den Teppich kehren. Das Ergebnis war, dass die Familie Wirtz mit Hilfe korrupter Politiker den Eltern der Contergankinder einen Kompromiss aufzwangen.

Wenn es noch ein fairer Kompromiss gewesen wäre! Nein, die deutschen Contergangeschädigten sind die Einzigen, die mit Almosen abgespeist worden. Während ihre schwedischen, britischen und japanischen Leidensgenossen mit Ihren Renten menschenwürdig leben können, ist die Rente der Deutschen im Durchschnitt unter Hartz IV.

Das ist kurz der geschichtliche Hintergrund weshalb die heutigen Contergangeschädigten für mehr finanzielle Unterstützung durch den Staat und die Familie Wirtz kämpfen. Wahrscheinlich wäre der Kampf der Contergangeschädigten verloren gewesen, hätte nicht der Erfolg des Films [„Contergan Eine einzige Tablette“](#) die Bevölkerung für ihre Anliegen sensibilisiert und damit den öffentlichen Druck auf die Familie Wirtz und den Staat erhöht, endlich zu einer befriedigenden Lösung für die Betroffenen zu kommen.

Hier eine Zusammenfassung des 1. Teils des Films:

Meine Bitte an die Leser von PI. Unterstützen Sie die Aktionen der Contergangeschädigten, damit sie ein menschenwürdiges Leben führen können. Weitere Informationen erhalten Sie hier: www.contergan-info.de.

(Gastbeitrag von PI-Leser [Johannes Igel](#), der selbst ein Betroffener ist)



Amsterdam: Marokkaner terrorisieren Schwule



Bei der Amsterdamer Gay-Pride-Parade im August wurde ein britisches Schwulenpaar zusammengeschlagen – der Vorfall hatte weltweit für Aufsehen in der Homo-Gemeinde gesorgt.

Weil die Anzahl der Übergriffe auf Schwule in Amsterdam dramatisch angestiegen ist (32 solcher Zwischenfälle wurden 2006 registriert, im ersten Halbjahr 2007 waren es bereits 26 Attacken) hat Bürgermeister Job Cohen bei der Universität Amsterdam eine Untersuchung zu den Gründen für den Hass gegen die Schwulen in Auftrag gegeben. Das Ergebnis: Die Hälfte der Straftaten geht auf das Konto marokkanischstämmiger Männer.

DER SPIEGEL (Nr. 48/2007, Seite 124) berichtet:

Sie fühlten sich stigmatisiert und reagierten „sich an Menschen ab, die in ihren Augen auf der sozialen Leiter noch unter ihnen stehen“, so die Forscher. Eine andere Arbeitshypothese der Sozialpsychologen: Die Täter, im Holländischen auch „Potenrammers“ (Schwulenschläger) genannt, kämpften noch mit ihrer eigenen sexuellen Identität. Obwohl Amsterdam als besonders tolerante Stadt gilt, gaben in einer aktuellen Umfrage 20 Prozent der Schwulen und Lesben an, schon einmal diskriminiert worden zu sein.

(Spürnase: Echn Aton)



EU kritisiert eigenen Umgang mit

Asylbewerbern



Die EU-Kommission ist unzufrieden mit den eigenen Mitgliedsstaaten. Der eine klärt die Asylsuchenden ungenügend in der jeweiliger Muttersprache über deren Rechte auf, der andere schränkt ihren Aktionsradius unzulässig ein, der nächste zahlt zu wenig oder versorgt die Ankömmlinge unzureichend mit Kleidung.

Letzteres trifft besonders auf die neuen osteuropäischen Mitglieder zu, deren eigene Bevölkerung teils in bitterer Armut lebt. Trotzdem sollen sie mehr geben, die EU hat in weiten Teilen Afrikas und Asiens schließlich den Ruf eines „gelobten Landes“ zu verlieren. Deutschland hat „Glück“. Wir kommen ganz gut weg ...

(Spürnase: Moderater Taliban)



Wenn Israel nicht jüdisch wäre



Wenn Israel nicht jüdisch wäre, müsste man die Entscheidung

der UN-Vollversammlung vom 29. November 1947 bezüglich der Teilung Palästinas in zwei Staaten – einen jüdischen und einen arabischen – für ungültig erklären. Wenn Israel nicht jüdisch wäre, müsste man selbstverständlich das Recht auf Rückkehr und das Grundgesetz zur Würde und Freiheit des Menschen für ungültig erklären, das Israels Werte als jüdischer und demokratischer Staat festlegt. Wenn Israel nicht jüdisch wäre, müsste man eine neue Nationalhymne anstelle der Hatikva finden.

Text von Amnon Rubinstein (Foto), erschienen in Maariv vom 24.11.07

Wenn Israel nicht jüdisch wäre, wäre es nicht katholisch und auch nicht buddhistisch. Es wäre arabisch-muslimisch – auch wenn der Weg dahin über einen binationalen Staat ginge. Wenn Israel nicht jüdisch wäre, würde es nie zwei Staaten für zwei Völker geben.

Wenn Israel (vorübergehender Name) arabisch-muslimisch wäre, wäre es wohl kaum demokratisch. Zuallererst würden Journalisten, Akademiker und Intellektuelle flüchten, während die aus arabischen Ländern Stammenden hier bleiben würden. Sie sind von arabischer Herrschaft in den jüdischen Staat geflohen, aber diese Herrschaft, die sie erniedrigt und unterdrückt hat, würde sie wieder einholen.

All dies wird natürlich nicht geschehen, doch ist es wichtig zu wissen, wie sehr die Forderung berechtigt ist, Israel als jüdischen und demokratischen Staat zu definieren. Man sagt uns, dass die Existenz einer großen arabischen Minderheit in unserer Mitte uns an dieser Definition hindern müsse, da die Definition eines Staates ohne Einbeziehung der Minderheit nicht demokratisch sei. Als aber die UNO die Gründung eines jüdischen Staates im Land Israel verkündet hat, lag der Anteil der Araber bei über 40 Prozent, und dennoch sah die Vollversammlung keinen Widerspruch zwischen dieser Realität und der Definition eines jüdischen Staates. Die Antizionisten sagen: Die Realität ändert sich. Heute befinden wir uns in einer postnationalen Ära. Doch auch in einer solchen Ära sind die europäischen Staaten mehrheitlich Nationalstaaten, in denen es zum Teil sehr große Minderheiten gibt.

Tatsächlich besteht selbstverständlich keinerlei Rechtfertigung dafür, Israel nicht als jüdischen und demokratischen Staat anzuerkennen. Der Oberste Gerichtshof hat die Hauptcharakteristika der Jüdischkeit des Staates wiederholt definiert. Zu ihnen gehören die hebräische Sprache als primäre Amtssprache, die Ruhetage gemäß der jüdischen Tradition und auch eine jüdische Mehrheit in Israel (ja, ja, auch dies!).

Man sagt uns, dass ein ‚jüdischer Staat‘ den Verdacht eines religiös-halachischen Staates erweckt und man höchstens von einem ‚Judenstaat‘ – nach dem Buchtitel Herzls – sprechen könne. Doch Herzl selbst sah keinen Unterschied zwischen den beiden und gestattete die Übersetzung seines Buches in andere Sprachen unter dem Titel ‚jüdischer Staat‘.

Die UN-Vollversammlung dachte gewiss nicht an einen halachischen Staat; und auch nicht Ben-Gurion, der die Unabhängigkeitserklärung verfasste; und auch nicht der frühere Präsident des Obersten Gerichtshofs, Ehud Barak, der den harten Kern des jüdischen Staates definiert hat. Und was bringen

Namensänderungen? Wären die Palästinenser denn mit dem ‚Judenstaat‘ einverstanden? Ganz im Gegenteil – man würde sofort anprangern, dass ein solcher Staat vielfach schlimmer wäre, da er die arabischen Bürger überhaupt nicht erwähnt?

Wenn Israel nicht jüdisch im religiös-halachischen Sinne sein soll, was ist dann der Sinn der Bezeichnung? Die Bedeutung hat sich seit Herzls Tagen nicht verändert: Die Juden sind, zumindest seit der Emanzipation, ein Volk. Ein Volk, das wichtige religiöse Komponenten besitzt und das, wie andere Völker auch, eine Beziehung zu seiner religiösen Vergangenheit besitzt. Die religiöse Vergangenheit ist die Startbahn, von der der moderne Nationalismus aufgestiegen ist.

Sicherlich, bei den Juden hat sich der Start verspätet, und daher dauert der Kampf um die Befreiung von der Religion noch an, während er bei anderen Völkern bereits zum Abschluss gekommen ist. Der Staat Israel ist der Staat dieses Volkes in allen seinen Komponenten, und er muss auch der Staat aller Nichtjuden unter seinen Bürgern sein, auch der großen muslimischen Minderheit, deren Führer sich von ihrer Staatszugehörigkeit entfremden.

Der Staat kann nicht mit einem Teil des jüdischen Volkes identifiziert werden. Er ist die gemeinsame Heimstätte für alle – Juden und Nichtjuden, Religiöse, Traditionelle und Säkulare -, und er darf zwischen den verschiedenen Komponenten nicht diskriminieren. Ja, es gibt Fehler in der israelischen Staatsverfassung, und das Fehlen der Zivilehe ist einer der schwersten von ihnen. Das Israelis religiösen Rechtsinstanzen unterworfen sind, widerspricht unserem demokratischen Charakter.

Doch ist dies nicht der Grund, aus dem die arabische Führung in Israel und der palästinensische Präsident gegen die Definition Israels als jüdischer Staat opponieren. Im Gegenteil – sie streben selbst danach, einen religiösen, fanatischen und antidemokratischen Staat zu errichten. Ihr Widerstand richtet sich gegen die Existenz eines jüdischen und demokratischen Staates in ‚ihrer‘ Region. Sie sehnen sich wirklich nach der albtraumhaften Vision eines Nicht-Israels, mit der dieser Artikel begonnen hat.

(Quelle: [Israel-Newsletter](#))



Luisa Morgantini: „Es war ein Missverständnis“



Heute erreichte uns eine Email der Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, [Luisa Morgantini](#) (Foto), über deren Interview mit der *Nationalzeitung* wir [vor zwei Wochen berichteten](#). Neben PI und [Hagalil](#) kritisierte auch die [WELT-Autorin Krisztina Koenen](#) das Interview: „Selten haben Kommunisten und Nationalsozialisten so prägnant demonstriert, wie schnell sie auf einer antisemitischen Plattform zueinanderfinden. Und das Europäische Parlament? Es stört sich nicht daran.“

Hier der Email-Text von Luisa Morgantini im Wortlaut:

Dear all,

I am very sorry but I do not understand German language, so I asked to someone to translate the words below.

Giving the interview to the National Zeitung newspaper was a mistake; I realised it was a right wing newspaper only after that Die Welt's article came out. Of course if I knew which kind of newspaper it is, I would have never given such an interview. I can say I trusted my assistant who just accepted the interview knowing that the journalist was writing about the resolution taken by European Parliament to stop the siege on Gaza; but of course the responsibility is mine.

The content of the interview reflects my way of thinking and the opinions I have been expressing in the last 20 years. Nothing antisemitic or against the State of Israel; a lot against the military occupation and the policy of land's annexation. I am not the only one having this opinion: United Nations and Israeli citizens say the same.

By the way, an Israeli activist, Gila Svirsky was attacked on the same ground and she incurred the same mistake.

[Here below](#), you will find the text of the interview and the letter I sent to the newspaper Die Welt.

Luisa Morgantini

In der gleichen Email stand auch folgender Text von Morgantini an WELT-Autorin Krisztina Koenen – diesmal auf Deutsch.

Freitag, 16. November

Sehr geehrte Krisztina Koenen,

auf Grund eines Missverständnisses habe ich unvorsichtigerweise ein Interview an das deutsche Wochenblatt Nationalzeitung gegeben, ohne im Geringsten zu ahnen, dass dieses Blatt der extrem nationalistischen Rechten nahe steht. Sonst hätte ich das nicht getan, um so mehr da es sich um ein Interview handelte, in dem es um ein so heikles Thema ging, das leicht von der extremen Rechten und Anderen instrumentalisiert werden kann, sowohl was den Inhalt als auch den Ton angeht.

De facto hat Ehrhard Günzel, der Journalist der Zeitung, der mich telefonisch interviewt hat, meine Erklärungen getreu wiedergegeben – außer in einem Punkt: als ich mich darauf beziehe, dass ich die Tochter eines Partisanen bin, der während des zweiten Weltkrieges in den italienischen Bergen gegen die Nazifaschisten gekämpft hat, während der Journalist allgemein „deutsche Wehrmacht“ wiedergegeben hat. Abgesehen von dieser Ungenauigkeit spiegelt das Interview meine Kritik an einer Regierung wieder, der israelischen, und ich halte es deshalb für absolut unkorrekt und herabsetzend, diese Kritik einer antisemitischen Haltung zuzuschreiben. Ich glaube nämlich nicht, dass ich mit meinen Erklärungen, und vor allem nicht in meinem täglichen Handeln, irgendeinen antisemitischen Gedanken geäußert habe, sondern nur Kritik an den politischen Entscheidungen Israels wie die militärische Besetzung, die ständige Ausweitung der Siedlungen und die dem Gazastreifen auferlegten Absperrungen, die ich für eine Verletzung des Völkerrechts und für eine Verletzung der Menschenrechte der palästinensischen Zivilbevölkerung halte (das gleiche vertritt auch der Internationale Gerichtshof der Vereinten Nationen).

Das gleiche gilt meiner Ansicht nach für die Selbstmordanschläge gegen die israelische Zivilbevölkerung durch Angriffe von extremistischen palästinensischen Gruppen. Seit Jahren vertrete ich die Notwendigkeit eines gerechten Friedens, der sowohl die palästinensische als auch die israelische Bevölkerung vor kriminellen Aktionen oder Entscheidungen schützt, die die internationale Legalität und das Menschenrecht verletzen.

Deshalb, wie auch in diesem Interview bekräftigt, setze ich mich für die Beendigung der militärischen Besetzung durch Israel ein und für eine Lösung, die das Recht der Palästinenser und der Israelis durchsetzt, in Frieden und Sicherheit in zwei souveränen Staaten zu leben.

Ich fürchte, dass sie das Interview nicht sorgfältig gelesen haben oder selbst ein Opfer von Vorurteilen sind; ich verstehe nicht, wo

Sie meinen Antisemitismus entdeckt haben wollen. Obwohl es mir natuerlich fern liegt, den Leserkreis der Nazionalzeitung erweitern zu wollen, so moechte ich doch eure Leser dazu auffordern, das Interview als Ganzes zu lesen, um sich Klarheit ueber die von mir vertretenen Ideen zu verschaffen.

Mit Dank für Ihre Aufmerksamkeit und mit freundlichen Grüßen

Luisa Morgantini
Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments

» Kontakt: luisa.morgantini@europarl.europa.eu



Paris: Ermittlungen gegen Polizisten



Nach den schweren Ausschreitungen in dem Pariser Vorort Villiers-le-Bel ([PI berichtete](#)) konnten von den 50-100 beteiligten „Jugendlichen“, von denen einer einem Polizisten ins Gesicht schoss, gerade einmal sieben verhaftet werden. Dafür [ermittelt die Staatsanwaltschaft](#) jetzt lieber gegen die Besatzung des Streifenwagens, mit dem das für den Straßenverkehr nicht zugelassene, sogenannte Minibike zusammengestoßen war, wegen unterlassener Hilfeleistung. Wir ahnten, dass eigentlich die Polizei Schuld an dem berechtigten Zorn der „Jugendlichen“ hatte.

(Spürnase: tomcat)



Sudan: Britin wegen Mohammed-Teddy verhaftet



Die „Religion des Friedens“ zeigt sich mal wieder von ihrer tolerantesten Seite: Eine britische Lehrerin ist im Sudan wegen Beleidigung des Islams [verhaftet](#) worden, weil sie das Klassenmaskottchen – einen Teddybären – „Mohammed“ genannt hatte. Die 54-jährige hatte den Namen auf Vorschlag ihrer sechs und sieben Jahre alten Schüler gewählt.

Nachdem mehrere Eltern sich über den Namen des Klassen-Maskottchens beschwert hatten, wurde die Lehrerin sogleich von der Polizei abgeführt und die Schule bis Januar geschlossen, da Angriffe von religiösen Fanatikern befürchtet wurden.

(Spürnasen: William Dexter und Marcel)



Erneute Krawalle „Jugendlicher“ in den Banlieues



Die Freuden der multikulturellen Bereicherung durfte die französische Hauptstadt am Wochenende wieder in vollen Zügen genießen. Zwei „Jugendliche“ waren mit einem [gestohlenen Motorrad](#) (ohne Helm!) auf einen Streifenwagen geprallt und dabei ums Leben genommen. Darüber waren 50-100 andere „Jugendliche“ dermaßen betroffen, dass sie gar nicht anders konnten, als Autos anzuzünden, eine Polizeiwache mit Molotow-Cocktails anzugreifen und mindestens 21 Polizisten und Feuerwehrmänner zu verletzen.

So ähnlich kann man es heute in den Medien zum Beispiel [hier](#) oder [hier](#) lesen. Dass es sich bei den Randalieren mit Sicherheit um moslemische Zuwanderersprösslinge aus Nordafrika gehandelt hat, wird politisch korrekt mit keinem Wort erwähnt, kann aber wegen der Örtlichkeiten und der ungeheuren Brutalität der „Jugendlichen“ als Tatsache angenommen werden.

Nach dem Tod der 15 und 16 Jahre alten Jungen (...) steckten Bewohner der Vorstadt Autos und Mülltonnen in Brand, verwüsteten zwei Polizeiwachen und Geschäfte.

In dem Pariser Vorort Sarcelles zündeten Dutzende Jugendliche eine Polizeiwache an. Die Jugendlichen bewarfen die Wache mit Molotowcocktails und feuerten auch Schüsse auf die Polizisten in dem Gebäude ab. Ein Beamter wurde nach Angaben eines Sprechers der Polizeigewerkschaft mit einer schweren Gesichtsverletzung in ein Krankenhaus eingeliefert. Der Polizist hatte versucht, mit den Angreifern zu verhandeln.

Auch N 24 berichtet ganz pc über die Ausschreitungen in dem Pariser Vorort:

Erste Hinweise auf den Täterhintergrund haben wir im Gutmenschenblätterwald aber doch gefunden. *Rp-online* [verrät](#) den Namen des Bruders eines des Getöteten: Omar Sehouli und noch mehr:

Rund sechs Stunden nach Beginn der Ausschreitungen hatte sich die Lage vorerst beruhigt. Vorerst. Die Pariser Vorstädte sind sozialer Brennpunkt. Immer wieder flackert Gewalt auf. Vor zwei Jahren kam

es zu den bisher schlimmsten Ausschreitungen, die Frankreich an den Rand einer Staatskrise drängten. Drei Wochen lang beteiligten sich Nacht für Nacht vor allem Jugendliche aus Einwandererfamilien an einer Orgie der Gewalt.

Auch *Focus* [berichtet](#):

Omar Sehouli, der Bruder eines der getöteten Jugendlichen, sagte, er wolle, dass „alle verantwortlichen Polizisten verurteilt werden“. Für ihn sind die Ausschreitungen keine Gewalt, sondern „die Wut, die sich ausdrückt“. Die Namen der Getöteten gab er als Moushin und Larami an.

(Spürnasen: Phygos, Tarsuin, Thomas E., Koltschak, Phygos, Martin und Xrist)

[Auch in Deutschland gewalttätige „Jugendliche“](#)



Die folgende Meldung bringen wir nicht, um Vorurteile zu schüren, auch nicht, weil wir den Eindruck erwecken wollen, Gewalt ginge ausschließlich von bestimmten Bevölkerungsgruppen aus. Wir bringen [diese versteckte Meldung](#) von der WDR-Kurznachrichtenseite verbunden mit der Frage, wie sie wohl bei umgekehrten Täter-Opfer-Rollen aussehen würde.

Datteln: Jugendliche Schläger festgenommen

Drei Kinder türkischer Herkunft haben am Sonntag in Datteln einen 15-jährigen Schüler brutal misshandelt. Das Trio im Alter zwischen 13 und 15 Jahren schlug den Deutschen zu Boden und traktierte ihn mit Fußtritten. Dabei erlitt der Jugendliche ein Schädelhirntrauma. Er konnte durch eine Notoperation gerettet werden, sein Gesundheitszustand ist kritisch. Die mutmaßlichen Täter wurden festgenommen.

Die Täter (13-15 Jahre alt) Kinder, das Opfer ebenfalls 15, aber schon jugendlich. Wahrscheinlich hatte es die Kinder geärgert, man kennt ja die Kinderfeindlichkeit der Deutschen. Wir sind sicher, bei umgekehrten Täter-Opfer-Rollen würde das tief betrubte Gesicht der Empörungsbeauftragten auf allen Kanälen flimmern, Tränen in den Augen und mehr Gelder für „Programme gegen Rechts“ fordernd, die Anständigen würden einmal mehr aufstehen und Licherketten die trüben Novemberabende erhellen. Aber so?

(Spürnase: van V.)

Trotz Protesten: Saudis wollen Frau auspeitschen

Trotz weltweiter Proteste hält Saudi-Arabien an dem Urteil für eine Frau fest (sechs Monaten Haft und 200 Peitschenhieben), die Opfer einer Gruppenvergewaltigung wurde (PI berichtete [hier](#) und [hier](#)). Interessant ist vor allem die deutliche Stellungnahme des saudischen Justizministeriums auf die internationalen Proteste.

[SpOn](#) schreibt:

Es sei „bedauerlich“, wie internationale Medien über den Fall der 19-Jährigen berichteten: „Die Angeklagte ist eine verheiratete Frau, die gestanden hat, eine Affäre mit dem Mann gehabt zu haben, mit dem sie ertappt wurde.“ Sie habe zugegeben, etwas getan zu haben, „was Gott verboten hat“. Die Rechtsprechung folge „dem Buch Gottes und den Lehren des Propheten Mohammed“.

(Spürnase: gareth, Koltschak)